

# Region Basel

## Basler Kantone als europapolitische Taktgeber

Auftakt zur Abstimmungskampagne in Basel-Stadt, mit breiter Abstützung von BastA! bis LDP.

Der Kanton Basel-Stadt stimmt am 28. September über die Volksinitiative «Zämme in Europa» ab. Der Regierungsrat und der Grosse Rat empfehlen die neue Verfassungsbestimmung deutlich zu Annahme. Im Nachbarkanton Baselland geht es etwas langsamer. Die gleichlautende Verfassungsbestimmung steckt noch in der Kommissionsberatung – dennoch bleibt die Chance, dass die beiden Basel europapolitische Taktgeber werden.

Die grosse Aussenpolitik wird in Bern gemacht. Der Bund ist zuständig. Dennoch kann der Bund ohne die Kantone nichts tun. So war es die Konferenz der Kantonsregierungen, die den Bundesrat einstimmig aufforderte, endlich mit der Europäischen Union die Verhandlungen wieder aufzunehmen und für stabile Verhältnisse zu sorgen. Für die Europäische Bewegung Schweiz und ihre Basler Sektion ist das schon länger ein zwingender Zukunftsplan. Im grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum ist es klar, dass wir mit den Nachbarländern und damit mit der Europäischen Union stabile und verlässliche Beziehungen pflegen müssen.

### Gleichlautende Initiativen in Basel-Stadt und Baselland ...

Die Initiative «Zämme in Europa» schreibt eine einfache und klare Zielsetzung in die Kantonsverfassungen beider Basel: «Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union

und den Nachbarländern ein.» Das ist nichts Revolutionäres und doch passt es sehr gut in diese Zeit. Während viele Akteur:innen in der Schweiz immer noch zögern, die europäische Zusammengehörigkeit zu akzeptieren, und davon träumen, die Schweiz könnte es irgendwie unabhängig schaffen, wird der Alleingang der Schweiz von den USA aktuell stark in Frage gestellt. «Zämme in Europa» ist nicht nur eine symbolische Bestimmung in unseren Kantonsverfassungen, sondern die richtige Antwort: Es ist die Abbildung der Realität. Nur wenn wir uns konsequent für gute und stabile Beziehungen mit der Europäischen Union einsetzen, haben wir gute und stabile Beziehungen zu unseren Nachbarländern Deutschland und Frankreich. Vor der Haustüre hat es keinen Platz für un stabile Beziehungslosigkeit.

... und ein unterschiedlicher Umgang Basel-Stadt hat den Takt vorgegeben. Ohne Zögern haben Regierungsrat und Grosse Rat

die Initiative unterstützt. Am 28. September können die Stimmberechtigten ein deutliches Zeichen setzen: Es gehört zu unserem kantonalen Selbstverständnis, wir wollen ein Teil der europäischen Familie sein.

Der Regierungsrat Baselland ist einmal mehr im Modus «Mir wei luege» steckengeblieben. Ob die FDP und die Mitte Baselland die Kraft haben, sich im Kontext der anstehenden Regierungsrats-Ersatzwahl proeuropäisch zu positionieren, werden die nächsten Wochen weisen. Es wäre mehr als wünschenswert, denn alle Legitimation der schweizerischen Europapolitik geht am Ende des Tages von solch taktgebenden Momenten in den Kantonen aus. «Zämme in Europa» ist grundsätzlich – darum braucht es ein starkes Ja für diese kantonale Verfassungsbestimmung.



Eric Nussbaumer,  
Nationalrat BL



Sarah Wyss, Nationalrätin  
BS, Präsidentin Initiativkomitee

LISTE

**5**

**Sicher  
z'Rieche  
deheim**

## **Aufbruch statt Abbau mit den JUSOs**

Auch die Jungpartei der SP wird im Riehener Wahlkampf sichtbar vertreten sein. Mit vier Kandidat:innen tritt die JUSO auf der Liste 5 an. Nachdem vor vier Jahren sensationell zwei von drei JUSOs in den Einwohnerrat eingezogen sind, ist die Bestätigung dieses Resultats das erklärte Ziel. Oder liegt sogar noch mehr drin (mit 3 Sitzen hätten wir Fraktionsstärke)? Politisch geben wir dabei nicht klein bei, wie ein Blick in unseren Forderungskatalog verrät: «Klimapaket statt Pakt gegen das Klima», «Tax the rich» oder «Der Jugend Freiraum und Gehör verschaffen». Wir haben keine Lust auf die neoliberale und uncreative Abbaupolitik der aktuellen bürgerlichen Mehrheit und sagen deshalb ganz nach dem Motto «Aufbruch statt Abbau»: Die JUSOs gehören auf deine Wahlliste 5.

Noé Pollheimer, für die JUSO Riehen

**AUFBRUCH  
STATT ABBAU!**  
JUSOs auf Liste 5 in den Einwohnerrat!

Riehen ist ein lebenswerter Ort – noch. Wir wohnen gerne hier. Aber die Gemeinde ist selbstverschuldet in ein massives Defizit gerutscht. Das führt zu einer gefährlichen Dynamik. Die Qualitäten unseres Wohnortes sind in Gefahr! Die Liste 5 der SP setzt sich für eine sichere, soziale und grüne Zukunft Riehens ein.



Für die Wahlleitung: Joris Fricker, Co-Präsident der SP-Einwohnerratsfraktion

Wegen der roten Zahlen kürzt die Gemeinde: beim Personal, bei der Kinderbetreuung, in der Kultur, beim Umweltschutz oder in der Entwicklungszusammenarbeit. Aber das ist erst der Anfang, bürgerliche Parteien wollen noch viel mehr sparen! Die SP Riehen ist die politische Kraft, die dieser Abwärtsspirale konsequent entgegentritt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzen der Gemeinde wieder nachhaltig stabilisiert werden. Nur gesunde Finanzen geben die nötige Sicherheit, damit Riehen der schöne und grüne Ort bleibt, der es ist.

### Jahrelange bürgerliche Dominanz gefährdet Sicherheit

Der Ursprung aller wunden Punkte in dieser Gemeinde liegt bei den Finanzen. 11 Millionen Franken reales Defizit für 2024, ein budgetiertes Defizit von 18 Millionen Franken für 2025 und Defizite auch für die folgenden Jahre. Steuererleichterungen für Vermögende und Topverdiener:innen haben Riehen finanziell in eine unangenehme Situation gebracht.

Das finanzielle Desaster verbreitet Unsicherheit: Wie viel soll noch auf dem Buckel der Schulkinder abgebaut werden? Wie lange kann sich Riehen das Ruftaxi noch leisten? Wird Riehen bald noch weniger in den Klimaschutz investieren? Wie soll Riehen eine gute S-Bahn-Lösung finanzieren? Es sind wichtige Auseinandersetzungen, die bevorstehen.

Obwohl die Fehler teils eingestanden werden, ist die bürger-

liche Mehrheit nicht bereit, über einseitige Lösungsansätze zu sprechen. Viel lieber wird der Rotstift angesetzt, worunter die Allgemeinheit leidet. Sowohl im Einwohnerrat als auch im Gemeinderat braucht es daher neue Mehrheiten, um die Sicherheit der Gemeinde zu gewährleisten. Sicherheit hört nicht beim (teils unbesetzten) Polizeiposten auf. Sie umfasst die finanzielle, ökologische, infrastrukturelle und soziale Sicherheit – und das ist nur gewährleistet, wenn die Gemeinde bereit ist, an den richtigen Orten zu investieren.

### Klares Schwerpunktthema

Konsequenterweise geht die SP Riehen mit einem klaren Schwerpunkt in diesen Wahlkampf. Unsere Fraktion will den Finger auf den wunden Punkt legen: auf die einseitige und unsoziale Steuer- und Finanzpolitik. Die aktuelle Steuerpolitik bevorzugt einseitig die Reichen und Vermögenden. Doch die finanzielle Schieflage ist nur die Spitze des Eisbergs. Darunter verstecken sich die lang versäumte Schulraump lanung, die verfehlte Kommunikation rund um die Sperrung der S-Bahnhöfe, die Streichung und Gering-schätzung internationaler Entwicklungszusammenarbeit, fehlende Velo- und Gesamtverkehrskonzepte, fehlender Mut zu weitsichtiger Politik oder eine mehr als nur zögerliche Klimapolitik.

### Hilfst du uns?

Unser klares Ziel: die Machtverhältnisse in Riehen ändern. Dazu brauchen wir deine Unterstützung im Riehener Wahlkampf! Mit deiner Stimme für die Liste 5 ist schon vieles getan. Aber mobilisierst du auch dein Umfeld für uns? Hilfst du beim Wähler:innentelefonieren oder an einer Standaktion auf der Strasse? Wir können jede Hilfe gebrauchen, damit Riehen ein sicheres Zuhause bleibt und endlich zukunftsorientiert politisiert.

Noah  
Weber

Anna Verena  
Baumgartner

Martin  
Leschhorn



**in den Gemeinderat**

Lebendiges Riehen – zusammen mit Christine Kaufmann und Simeon Schneider



Für den Gemeinderat: Anna Verena Baumgartner (SP) und Martin Leschhorn Strebel (SP) zusammen mit Noah Weber (GRÜNE) sowie Simeon Schneider (EVP) und Christine Kaufmann (EVP) als Gemeindepräsidentin.

## Agenda

### Wahlkampf in Riehen

#### Wähler:innentelefonieren

- 27. September 2025, 9–17 Uhr, Haus der Vereine
- 4. Oktober 2025, 9–17 Uhr, Haus der Vereine
- 11. Oktober 2025, 9–17 Uhr, Haus der Vereine  
sowie 29. September–15. Oktober  
jeweils Mo–Do 17.30–20.30 Uhr

Jetzt den Wahlkampf der SP unterstützen und an einer oder mehreren Telefonaktionen teilnehmen!  
Hier geht es direkt zur Anmeldung:



#### Standaktionen

- 13. September 2025, Rauracher
- 27. September 2025, Dorf
- 4. Oktober 2025, Dorf
- 11. Oktober 2025, Dorf

Solaroffensive

# Meilenstein in der Energie- politik

Die Photovoltaik-Fassade des Amts für Umwelt und Energie als «Leuchtturm»: Der fürs Gebäude benötigte Strom wird selbst produziert.



© Kanton Basel-Stadt; www.bs.ch/bilddatenbank

Der Ausbau der Solarstromproduktion ist ein zentraler Schritt auf dem Weg zum Klimaziel «Netto-Null bis 2037». Die von Regierungsrat Kaspar Sutter präsentierte «Solaroffensive» hat – wie schon das Basler Energiegesetz von 2017 – das Potenzial, zum Vorbild einer fortschrittlichen Energiepolitik zu werden.



Daniel Säggerer,  
Alt-Grossrat

Bis 2037 soll rund ein Drittel des Basler Stromverbrauchs aus Solaranlagen im Kantonsgebiet stammen. Dafür muss sich die jährliche Zubaurate vervierfachen. Das ist ehrgeizig, mit den vorgesehenen Massnahmen aber machbar.

Kernpunkte der Solaroffensive sind:

- **Ausweitung der Solarpflicht:** Nicht nur auf Neubauten, sondern auch auf allen gut geeigneten Bestandsgebäuden.
- **Finanzielle Unterstützung:** Ergänzung der bestehenden Förderung des Bundes durch ein kantonales Förderprogramm.
- **Mehr Tempo:** Vereinfachung der Bewilligungsverfahren.

## Bestehende Gebäude leisten ebenfalls ihren Beitrag

Neu gilt die Solarpflicht auch für bestehende Gebäude. Sie greift bei grösseren Umbauten – etwa bei einer Dachsanierung –, spätestens jedoch nach einer Übergangsfrist von 15 Jahren. Ausgenommen sind Kulturdenkmäler, denkmalgeschützte Häuser oder Dächer, die bereits anderweitig genutzt werden.

Für Häuser mit weniger als 100 Quadratmetern geeigneter Dachfläche kommt die Pflicht nur bei grösseren baulichen Massnahmen und ohne die 15-Jahre-Frist zum Tragen. In diese Kategorie fallen rund 75 Prozent aller Gebäude im Kanton, hauptsächlich Einfamilien- sowie kleinere Mehrfamilienhäuser.

Wo die Pflicht gilt, rechnet sich die Anlage auch: Alle «gut und sehr gut geeigneten» Dächer ermöglichen einen wirtschaftlichen Betrieb. Den betroffenen Eigentümer:innen droht also kein finanzieller Nachteil, vielmehr winkt ihnen ein attraktives Zusatzeinkommen.

## Tiefere Stromkosten für Mieter:innen

Die Vorlage der Regierung trägt eine klar sozialdemokratische Handschrift: Dank gutem Schutzmechanismus müssen Mieter:innen sich nicht vor steigenden Kosten fürchten. Im Gegenteil: Den Solarstrom vom eigenen Dach können Bewohner:innen 20 Prozent günstiger beziehen als den Strom aus dem öffentlichen Netz. Die Förderung von Verbrauchergemeinschaften wird zudem dazu führen, dass noch mehr Haushalte von günstigem Solarstrom profitieren.

## Da geht noch mehr

Die Solaroffensive ist ein grosser Schritt, und doch besteht noch Potenzial. So könnte die Untergrenze für Dachflächen niedriger angesetzt werden. Auch Gründächer sollten nicht pauschal von der Pflicht ausgenommen sein: Die Praxis zeigt seit Jahren, dass Begrünung und Solarstrom hervorragend kombinierbar sind.

Die Solaroffensive wird in der zweiten Jahreshälfte zuerst in der grossrätlichen Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission UVEK und danach im Grossen Rat beraten.

## Die Aufarbeitung des BLKB-Debakels ist unerlässlich



Yasmine Perinjacquet

Die Sommerpause begann dieses Jahr mit einem gehörigen Knall: Die BLKB kommunizierte einen gewaltigen Abschreiber in Höhe von 100 Millionen Franken bei ihrer Tochtergesellschaft Radicant. Im selben Atemzug kündigten der CEO und der Bankratspräsident Anfang Juli ihren Rücktritt im kommenden Jahr an. Kurz darauf beugten sich die beiden dem grossen politischen Druck und traten bereits auf Ende Juli zurück. Das BLKB-Debakel rückte erneut ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die jüngsten Entwicklungen rund um die Bank werfen zahlreiche, teils besorgniserregende Fragen auf: zu den Abläufen, zur Transparenz und zu den politischen Verantwortlichkeiten.

### Versagen interner Kontrollsysteme

Im Grundsatz begrüssen wir als SP klimafreundliche Investitionen und Projekte der BLKB. Allerdings muss man davon ausgehen können, dass sie richtig umgesetzt und begleitet werden. Am Beispiel der Tochtergesellschaft Radicant zeigt sich, dass die internen Kontrollsysteme offenbar versagt haben. Ganz klar: Es wurden Fehler gemacht, grobe Fehler. Es ist unverständlich, wie derartige Abschreiber nicht antizipiert werden konnten. Die BLKB, der Bankrat und der Finanzdirektor Lauber haben allesamt viel zu spät reagiert.

Konkret fragen wir uns: Was wusste Toni Lauber als zuständiger Regierungsrat? Seit

wann wusste er es, und wurde der Gesamtregierungsrat rechtzeitig über die Situation informiert? Die Zeichen deuten auf ein Übersehen oder gar Ignorieren interner Warnsignale. Nicht nur Lauber, sondern auch der Bankrat als Gremium muss sich fragen, wie er seine Verantwortung wahrgenommen hat. Die Entpolitisierung des Bankrates hat offensichtlich nicht zum gewünschten Ergebnis geführt.

### Verantwortlichkeiten klären, Transparenz schaffen

Wir fordern eine lückenlose politische Aufarbeitung der Ereignisse rund um Radicant und die BLKB. Die Abläufe und vor allem die Verantwortlichkeiten müssen vollständig geklärt werden. Nur so können künftige Risiken verhindert werden. Welches Mittel zur Aufarbeitung geeignet ist, muss sorgfältig geprüft werden. Wir stehen einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) positiv gegenüber. Die Baselbieter Bevölkerung hat Anrecht auf vollständige Transparenz.

Nils Jocher, Tania Cucè und Sandra Strüby,  
Präsidium der SP Baselland

### Mentoring-Programm

## Lust auf Politik?

Wir starten eine neue Runde unseres Mentoring-Programms! Damit möchten wir Personen unterstützen, die ihren Platz in der SP und in der Politik finden wollen.

Gesucht sind Mitglieder jeden Alters, die einen Einstieg in die Politik suchen und ein halbes Jahr lang ihre Lust auf Politik gemeinsam mit einer oder einem erfahrenen Politiker:in testen wollen.

Möchtest du Einblicke in die Politik von Bund, Kanton oder Gemeinde erhalten und dabei sechs Monate persönlich von einer Mentorin oder einem Mentor begleitet werden?



Dann melde dich an unter:  
[sp-bl.ch/mentoring](https://sp-bl.ch/mentoring)

# Zum 100. Geburtstag von Fritz Eppler-Brunner



Fritz Eppler am Landratsausflug im Juni 2025

**Am 15. August durfte Fritz Eppler seinen 100. Geburtstag feiern. Es fällt mir leicht, bei Fritz von einem aufrechten Sozialdemokraten zu schreiben. Trotz des hohen Alters steht er wörtlich und in übertragenem Sinn aufrecht da. Sein wacher und sprühender Geist ist noch immer deutlich spürbar.**



Peter Schmid,  
ehemaliger  
Regierungsrat

Ich lernte Fritz vor fünfzig Jahren kennen. Als junger Landrat stiess ich 1975 zur Landratsfraktion. Fritz, ein sehr aktives Mitglied des Fraktionsvorstandes, war ein kluger, zugleich strenger Lehrmeister. Meinen ersten, wohl etwas kühnen parlamentarischen Vorstoss liess er mich gleich wieder einpacken. Die Nachwuchsförderung war damals direkt bis direktiv. Wir (damals) Jungen nannten Fritz deshalb den Herbert Wehner des Baselbietes.

Fritz ist ein Original und auf seine ganz persönliche Weise eine Jahrhundertgestalt. Seine Biografie gehört zu seiner Zeit, sie wäre heute auf diese Weise nur selten möglich. Als vielseitig begabter Mann erlernte er den Coiffeurberuf. Mit Ausdauer und Hartnäckigkeit bildete er sich stetig weiter, lange bevor das lebenslange Lernen allgemeine, schweisstreibende Devise wurde. Seine politische und berufliche Laufbahn belegt die hohe Bereitschaft zum Engagement. Er war Staatsweibel, dann Mitarbeiter der Landeskanzlei. Er

wurde stellvertretender Leiter, später Dienststellenleiter der Schul- und Büromaterialverwaltung des Kantons. 1971 in den Landrat gewählt, wurde er wohl der am besten vorbereitete Landratspräsident der Baselbieter Geschichte.

Der zentrale Einkauf für die Schulen und die Kantonsverwaltung war eine grosse Herausforderung. Die Entwicklung der Bürotechnik war rasant. Ein besonderes Anliegen war ihm der Kantonsverlag. Er verstand diesen Verlag als Beitrag zur Kultur seines Kantons, u. a. zur Pflege eines Geschichtsbewusstseins ohne Heimattümelei. Ich war sein letzter «Chef» und erinnere mich dankbar an seine Zuverlässigkeit und seine Unterstützung, ohne die man als Regierungsrat auf verlorenem Posten steht.

Auch die Stadt Liestal konnte auf seine Unterstützung zählen: als Mitglied der Gemeindegemeinschaft, später des Einwohnerrates – auch als Präsident –, als Stadtrat, zuständig für den Bereich «Betriebe».

Schliesslich war Fritz auch aktiver und begeisterter Leichtathlet und Mitgründer des Sportclubs Liestal.

Herzliche Glückwünsche, lieber Fritz. Vielen Dank für deine Lebensfreude, Treue und politische Zuverlässigkeit. Auf weitere Begegnungen im Stedtli!

# Wir wollen den Viertelstundentakt der S-Bahn im Birstal

Aufgrund der Totalsperre im Laufental verkehrt die S-Bahn seit Ende April im Birstal zwischen Aesch und Basel im Viertelstundentakt. Mit dem Ende der Bauarbeiten im Laufental und dem Ende der Totalsperre soll der Viertelstundentakt bereits Ende September wieder wegfallen.

Für die Bevölkerung ist die Rückkehr zum Halbstundentakt der S3 im Birstal nicht hinnehmbar. Deshalb fordern die Birstaler SP-Sektionen (SP Aesch-Pfeffingen, SP Arlesheim, SP Dornach, SP Münchenstein und

SP Reinach) in einer Petition, dass der Viertelstundentakt der S3 zwischen Basel und Aesch beibehalten wird.

Das Birstal ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Die Arbeitnehmenden und die Unternehmen sind auf eine ideale Erschliessung ihrer Arbeitsplätze angewiesen. Mit dem Viertelstundentakt schaffen wir eine schnelle und klimafreundliche Alternative zu den stets überbelasteten Strassen im Birstal.



Die Petition kannst du unterschreiben auf:  
[viertelstundentakt-basel-aesch.ch](http://viertelstundentakt-basel-aesch.ch)

Jetzt  
Petition  
unter-  
schreiben!



Yasmine Perrinjacquet

## News

# Verstärkung im Sekretariat: David Portmann

## Liebe Genoss:innen

Mein Name ist David Portmann und seit August bin ich im Sekretariat der SP Baselland anzutreffen. Ursprünglich komme ich aus dem Kanton Basel-Stadt, bin aber familiär eng mit dem Baselbiet verbunden und war deshalb auch schon immer stark an den politischen Geschehnissen im Kanton interessiert.

An der Universität Basel habe ich meinen Bachelor in Politikwissenschaft und Geschichte absolviert. Daneben habe ich in verschiedenen Rollen für die SP Basel-Stadt gearbeitet, unter anderem als Campaigner für die Nationalratswahlen und für die Regierungersatzwahlen. In dieser Zeit konnte ich wertvolle Erfahrung in der politischen Arbeit hinter den Kulissen sammeln.

Die SP und auch die JUSO sind schon seit vielen Jahren meine politische Heimat, bis im Juni war ich im Vorstand und auch im Präsidium der JUSO Basel-Stadt aktiv. Geprägt von Projekten wie der 99%-Initiative und dem Kampf ums Basler Hafencanal, durfte ich in der JUSO unglaubliche Erfahrungen sammeln. Die Kämpfe für Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sind mir enorm wichtig und ich freue mich deshalb sehr, im Sekretariat der SP Baselland für diese Themen einzustehen und gemeinsam mit euch für ein solidarisches Baselbiet zu kämpfen.

Herzliche Grüsse  
David Portmann

Aus dem Landrat

## Familien entlasten statt Steuergeschenke für die Reichen

Im Landrat stehen in den nächsten Wochen zwei Vorlagen an, die zentrale Verteilungsfragen betreffen: die Prämienabzugs-Initiative der SVP und unsere eigene Kita-Initiative.

Die Prämienabzugs-Initiative klingt harmlos: Die selbstgetragenen Krankenkassenprämien sollen vollständig von den Steuern abgezogen werden. Das würde die öffentliche Hand jedes Jahr etwa 150 Millionen Franken kosten. Die SP kämpft seit Jahren für Entlastungen bei den Gesundheitskosten. Würde diese Initiative helfen? Schliesslich könnten fast alle, die Steuern bezahlen, mehr abziehen. Nein, im Gegenteil: Profitieren würden vor allem jene, die es am wenigsten nötig haben. Denn wer mehr verdient, spart aufgrund der



Adil Koller,  
Fraktionspräsident

Steuerprogression bei jedem abgezogenen Franken mehr Steuern. Und wer weniger Steuern zahlt, profitiert kaum. Das ist unfair. Gerade Familien mit tiefen und mittleren Einkommen haben

mit den steigenden Prämien immer mehr Mühe – oft zahlen sie heute mehr Krankenkassenprämien als Steuern. Statt Millionen in Steuergeschenke für Gutverdienende zu stecken, sollten wir diese Mittel viel eher in den Ausbau der Prämienverbilligungen für den Mittelstand investieren. Hier sind wir dank der nationalen Prämien-Initiative der SP einen Schritt weiter. Sie wurde zwar abgelehnt, aber der angenommene Gegenvorschlag wird entscheidende Verbesserungen bringen – auch im Baselbiet.

### Echte Entlastung: Unsere Kita-Initiative

Vorwärts gehen soll es auch bei einem zweiten grossen Posten im Familienbudget: den Kosten für die familienergänzende

Betreuung. Mit unserer Initiative wollen wir erreichen, dass eine Kita-Betreuung auch für Familien mit normalen Einkommen möglich ist.

Die Regierung erarbeitete einen Gegenvorschlag, der die Unterstützung in Richtung Mittelstand ausbauen wird. Das wird gerade die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen stärken – wo ein grosses Potenzial brachliegt: Noch immer verzichten viele Frauen auf ein höheres Pensum, weil sich Lohnarbeit nach Abzug der Betreuungskosten schlicht nicht lohnt. Unser Slogan **FÜR ALLE, STATT FÜR WENIGE** ist für die SP-Fraktion die Leitlinie. Dafür arbeiten wir. Steuergeschenke für Reiche – auch noch so gut getarnt – lassen wir nicht durchgehen.

Aus dem Grossen Rat

## Gründe für unheilige Allianzen

Die Arbeit im Grossen Rat findet nicht nur an den Sessionstagen im Saal des Grossen Rates statt, sondern auch in den Kommissionen, im Vorzimmer und an Nebenschauplätzen. Wenn ich für einen Vorstoss eine Mehrheit möchte, muss ich im Vorfeld Grossrät:innen aus anderen Fraktionen dafür gewinnen, meinen Vorstoss zu unterstützen. Die Chance, dass dann die anderen Fraktionen auch für den Vorstoss sind, wird dadurch deutlich grösser – oder zumindest die Wahrscheinlichkeit, dass sie nicht dagegen plädieren. So kommt es vor, dass ich plötzlich mit jemandem aus der SVP oder der FDP am gleichen Strang ziehe.

### Keine linke Mehrheit

Bei Themen, die uns sehr wichtig sind, versuchen wir, ganze



Michela Seggiani,  
Fraktionspräsidentin

Fraktionen auf unsere Seite zu ziehen. Meistens bilden sich die typischen Koalitionen links und rechts – also SP, Grüne und Basta gegen den Rest des Grossen Rates. Gerade weil wir keine linke

Mehrheit haben, ist es wichtig, einzelne bürgerliche Grossrät:innen zu überzeugen oder die eher mittig zu verordnenden Fraktionen wie die Mitte und die GLP als Ganzes.

So werden die GLP oder einzelne Fraktionsmitglieder immer wieder zum Zünglein an der Waage. Sie interpretieren diese Rolle als Zeichen nicht nur für die Relevanz ihrer Politik, sondern auch für deren Richtigkeit. Hierzu haben wir von der SP-Fraktion eine ganz andere Einschätzung. Bei den Finanzen verhält sich die GLP bürgerlich, in gesellschaftspolitischen Fragen stehen wir oft auf derselben Seite.

### Volatile GLP

In der Gleichstellungspolitik kann es vorkommen, dass sie gegen uns sind, einfach weil sie

etwas zwar gut finden, aber auch noch etwas beisteuern wollen. Das kann verheerende Folgen haben. So ist erst vor Kurzem ein Gesetzesvorschlag der Regierung für Lohngleichheitsanalysen bei Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden von einer bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden. Die Überweisung der Motion von Nicole Amacher wurde von der GLP zweimal unterstützt, dann hat diese kurzfristig einen nicht durchdachten Änderungsantrag dazu eingebracht, der für grosse Verwirrung im Plenum sorgte. Als ihr Vorschlag keine Chancen hatte, stellte sich die GLP gegen die Motion.

Auch wenn die GLP also für uns keine verlässliche Partnerin ist: Wir werden dort, wo es Sinn macht, weiterhin die Zusammenarbeit suchen.